

Neustadt-
Dresden,
Markt, Nr. 2,
in der Ver-
lags-Expedi-
tion zu haben.

Sächsische Dorfzeitung.

Preis:
vierteljährlich
12½ Rgr. Zu
beziehen durch
alle Post-An-
stalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur: Friedrich Walther.

Verlag von Heinrich und Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. In der Frankfurter Oberpostamtszeitung, dem halbofficiellen Organe der neuen Bundescommission, fährt der vormärzliche badensche Minister, Freiherr v. Blittersdorf, fort, fast alltäglich dem Absolutismus eine Lobrede zu halten und dem Repräsentativ-Systeme der kleineren deutschen Staaten den Krieg zu erklären. Wenn es nach den Ansichten dieses Diplomaten gehen sollte, so müßte die Bundescommission in den kleineren Staaten mit den Kammern überall tabula rasa machen und ihre Mitglieder auseinanderjagen. Solche Ideen an solchem Orte ausgesprochen, mußten natürlich überall den größten Argwohn gegen die neue Bundescommission erregen; die Presse eröffnete den Feldzug gegen den alten Diplomaten, und dieser sah sich endlich selbst veranlaßt, zu erklären, daß seine Artikel nur seine eigene Meinung repräsentieren und mit der Bundescommission nichts zu schaffen haben. Wenn dies wahr ist, und Viele zweifeln daran, denn einem Diplomaten glaubt man nicht immer aufs Wort, so muß man sich billig wundern, daß die Bundescommission die „Bekanntnisse der schönen Seele eines zur Ruhe gesetzten Staatsmannes“ in ihrem halbofficiellen Organe erscheinen läßt. Der Verdacht, daß zwischen den Blittersdorfschen Ideen und den Ansichten der Bundescommission einige Uebereinstimmung herrsche, besteht daher noch fort. — Von der Thätigkeit der Bundescommission berichtet man neuerdings, daß die Regierung von Mecklenburg-Schwerin von ihr angewiesen worden sei, in der Verfassungsangelegenheit nicht weiter vorzuschreiten. Die reactionäre Partei der Ritterschaft, welche längst gegen die dortige freisinnige Verfassung kämpft, hat demnach, wie es scheint, in Frankfurt a. M. auf Unterstützung zu rechnen.

In **Baiern** hat die Judenemancipationsfrage eine ungemaine Aufregung hervorgerufen; es sind bereits 270 Adressen gegen die für die Israeliten günstigen Beschlüsse der Abgeordneten-Kammer bei der Kammer der Reichsräthe eingelaufen. Die Pfaffen wirken am meisten gegen die von der Humanität und Gerechtigkeit geforderte Gleichberechtigung eines seit Jahrhunderten unterdrückten Volksstammes. — In **Hannover** ist die deutsche Frage für die Minister glücklich umschifft worden. Das Dreikönigsbündniß hat auch unter der dortigen Volksvertretung keine Majorität gefunden. Aehnlich wird es auch in Sachsen ergehen, wo die neuesten Berliner Verfassungswirren die Schwärmer für den Dreikönigsbund wohl endlich zur Einsicht und Besinnung bringen werden.

Aus **Schleswig-Holstein** lauten die Nachrichten in letzterer Zeit wieder sehr trübe. Die Hoffnung, daß Dänemark sich zu Concessionen herbeilassen werde, scheint nicht in Erfüllung zu gehen; vielmehr wird es immer wahrscheinlicher, daß eine Wiederaufnahme des Krieges im nächsten Frühjahr nicht zu umgehen ist. Das Treiben der Landesverwaltung wird mit jedem Tage schlimmer, und es ist ein wahres Wunder, daß der passive Widerstand der deutschen Bevölkerung noch nicht in einen thätlichen übergegangen ist. In **Angeln** droht es dahin zu kommen; dort wohnt ein kräftiges und einfach-bieheres Bauernvolk, das seine Rechte

nicht länger mit Füßen treten lassen will. Die schwedische Execution, welche man auf die dortigen Güter gelegt, wurde von den Bauern höflich, aber dabei nachdrücklich wieder nach Hause geschickt. Wenn die Landesverwaltung größere Truppenabtheilungen dahin senden will, so kann es dort am allerersten zum thätlichen Widerstande kommen.

Preußen. Die Befürchtungen über das Schicksal der revidirten Verfassung sind nur zu sehr eingetroffen; der König wird den Eid auf letztere am 18. Januar nicht leisten, und die Minister sind mit einer neuen Botschaft des Monarchen vor die Kammern getreten, welche eine abermalige Abänderung des octroyirten und revidirten Verfassungswerkes in den wichtigsten Bestimmungen fordert. Wir haben niemals an die aufrichtig constitutionelle Gesinnung des Königs von Preußen geglaubt, und dies wiederholt offen ausgesprochen; uns hat daher dieses Experimentiren der Berliner Staatskünstler in keiner Weise überrascht. Hoffentlich aber werden durch dieses neue Manöver auch Diejenigen endlich belehrt werden, welche wirklich daran geglaubt haben, daß es der preussischen Regierung Ernst sei, ein wahrhaft constitutionelles Staatsleben zu begründen und so den gerechten Forderungen des Volkes zu genügen. Ein flüchtiger Rückblick auf die letztverfloffenen drei Jahre reicht aus, um die Characterlosigkeit der preussischen Regierungspolitik in das rechte Licht zu stellen und ihre gänzliche Haltlosigkeit darzuthun. Am 3. Febr. 1847 war es, als die seit 1815 versprochene und vom Volke wiederholt und dringend geforderte Verfassung erschien, welche zum ersten Male die Vertreter des gesammten Landes zu einem „Vereinigten Landtage“ berief. Diese mit vielem Pomp eröffnete Versammlung, deren Mitglieder der König mit dem warnenden Zurufe (am 11. April 1847) empfing, daß sie sich nicht gelüßen sollten, die Rolle „sogenannter Volksrepräsentanten“ zu spielen, genügte nicht mehr, als die Stürme der Märzrevolution hereinbrachen und sich die Volkswünsche in wenig Tagen mehr praktische Geltung zu verschaffen wußten, als in den letzten dreißig Jahren. Der Landtag beschloß selbst die Einberufung einer constitutionellen (gesetzgebenden) Versammlung, welche die Verfassung des Landes feststellen sollte. Die Constituante wurde am 28. Mai 1848 in ziemlich schmuckloser Weise eröffnet; schon ihre Berufung war der Regierung zuwider, und ihre entschiedene freisinnige Zusammensetzung mißfiel der Krone nicht minder. Die Versammlung tagte bis Ende October, als der Telegraph den Fall Wien's berichtete und die Actien des Absolutismus mit einem Male von Neuem in die Höhe gingen. Das Schicksal der Volksvertretung war nun entschieden. General Wrangel ritt auf seinem grauen Schimmel durch das Charlottenburger Thor in Berlin ein, ihm folgte eine starke Militärmacht. Die Hauptstadt wurde in Belagerungszustand erklärt und mit Kanonen umzingelt, die constituirende Versammlung vertagt und ihre Sitzungen nach Brandenburg verlegt, nachdem man vorher die Abgeordneten mit Bajonetten auseinandergetrieben hatte. Als in Brandenburg durch den Zutritt der Linken die Constituante am 27. Nov. wieder vollzählig war, erfolgte wenige Tage darauf die förmliche Auflösung der Versammlung. Die Regierung

Schritt nun zum Octroyiren. Eine Verfassung und ein Wahlgesetz wurden am 5. Dec. octroyirt, deren Revision den neuzuberufenden Kammern vorbehalten bleiben sollte. Die octroyirte Verfassung stellte in ihren einzelnen Bestimmungen Viele zufrieden; was man hinzu- oder hinwegwünschte, hoffte man von dem neuen Landtage bewirkt zu sehen. Die unter dem Schutze des Belagerungszustandes gewählte neue Volksvertretung trat am 26. Febr. 1849 zusammen; die erste Kammer war überwiegend conservativ, die zweite aber war der Regierung trotz aller Mäßigung noch viel zu freisinnig, vor Allem aber zu deutsch, denn die Majorität wollte die Frankfurter Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht wissen. Die Regierung wußte sich zu helfen; sie schickte auch diese Volksvertretung nach Hause. Am 26. April wurde die erste Kammer vertagt und die zweite aufgelöst. Das von der Regierung octroyirte Wahlgesetz wurde von dieser selbst als zu freisinnig wieder über den Haufen geworfen, ein neues octroyirt und nach diesem eine zweite Kammer gewählt, welche in ihrer fast ultraconservativen Mehrheit meist allen Wünschen des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel entsprach. Mit diesen Kammern begann nun die Verfassungsrevision, und es gelang den Ministern im Verein mit der stark vertretenen Reactionspartei noch mehrere wichtige Bestimmungen, über deren Liberalität sie sich jetzt selbst entsetzten, aus der octroyirten Verfassung herauszuwerfen, so daß diese schon in ihrer jetzigen Form in keiner Weise den Anforderungen, welche man an eine constitutionelle Verfassung zu machen berechtigt ist, zu entsprechen vermag. Indes die Kammern waren in ihrer Genügsamkeit damit zufrieden und froh darüber, daß endlich wenigstens das Verfassungswerk zu Ende gekommen und die versprochene Eidesleistung des Königs eintreten sollte. Als aber die Minister mit der von den Kammern vollendeten Verfassung vor den Monarchen traten, ergriff dieser die Feder, strich eine Reihe der wesentlichsten Bestimmungen heraus und substituirte dafür seine Wünsche und seine Ansichten. Die Minister, welche so oft versichert, mit der Verfassung zu stehen und zu fallen, gaben nach, und traten, wie schon im Eingange erwähnt worden, mit der Hiobsbotschaft vor die Kammern. Dies ist in kurzen Zügen die Geschichte des constitutionellen Lebens in Preußen, während der letzten drei Jahre, und es gehört in der That wenig Scharfsinn dazu, um einzusehen, daß dort von der Krone für den Constitutionalismus wenig oder gar nichts zu hoffen ist. Man will in Berlin mit dem Scheinconstitutionalismus beginnen, welchen Metternich schon vor mehr als dreißig Jahren den kleineren deutschen Staaten huldreichst gestattete. Damit ist es aber heut zu Tage nicht abgethan, und wir glauben, daß sich die preussische Regierung selbst am meisten schadet durch diese reactionäre Politik. Ein solches Verfahren kann unmöglich für die preussische Krone, die sich an die Spitze der verbündeten deutschen Staaten stellen will, Sympathien erwecken; denn wie man in Berlin verfährt, so wird man auch in Erfurt verfahren, wo Preußen in mehrfacher Beziehung einen überwiegenden Einfluß auszuüben vermag und ausüben wird.

Unter den vom Könige vorgeschlagenen Veränderungen, welche eine „Verbesserung der Verfassung“ bezwecken sollen, sind namentlich die in Aussicht gestellte Wiedererrichtung von Familienideocommissionen, eine Beschränkung der Ministerverantwortlichkeit, eine Verlängerung der Frist der Wiedereinberufung der Kammern nach erfolgter Auflösung etc. hervorzuheben. Vor Allem aber ist es die projectirte Zusammensetzung der ersten Kammer, welche die gerechtesten Bedenken erregt. Diese Kammer soll bestehen: 1) aus den volljährigen Prinzen des königl. Hauses; 2) aus den Häuptionen der „ehemals reichsunmittelbaren Häuser“ und den Häuptionen derjenigen Familien, welchen durch königl. Verordnung das nach der Erstgeburt und Linealfolge zu vererbende Recht auf Eig und Stimme in der ersten Kammer beigelegt wird; 3) aus solchen

Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernennt; 4) aus 60 Mitgliedern, welche von den 200 höchstbesteuerten Grundbesitzern in jeder Provinz antheilig gewählt werden; 5) aus 30 Mitgliedern, welche von den Magistraten der größern Städte gewählt werden; endlich 6) aus 6 Mitgliedern, welche durch die ordentlichen Professoren der 6 Landesuniversitäten gewählt werden sollen. Das soll die künftige Zusammensetzung der preussischen ersten Kammer sein! — Endlich soll noch festgesetzt werden, daß ein besonderer Gerichtshof errichtet werden kann, welcher über „die Verbrechen des Hochverraths und andere Verbrechen gegen die innere und äußere Sicherheit des Staats“ urtheilen soll. Eine Vertheidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt. Dies das hauptsächlichste aus der königl. Botschaft. Die Commissionen der Kammern sind jetzt mit der Begutachtung dieser Vorlage beschäftigt; in wenigen Tagen wird die Entscheidung in der Mitte der Versammlung selbst erfolgen. Sie möge ausfallen, wie sie wolle, sie wird von großen Folgen sein, denn sie steht in zu engem Zusammenhange mit der Lösung der allgemeinen deutschen Frage. Das Verfahren der Regierung hat schon jetzt einen bedeutenden Rückschlag auf die Wahlbewegung zum Erfurter Reichstage geäußert und selbst die Leute argwöhnisch gemacht, welche sonst gewohnt sind, der Regierung unbeschränktes Vertrauen zu schenken.

Oesterreich. Das Ministerium hat nun angefangen, die Landesverfassungen für die einzelnen Kronländer zu veröffentlichen. Die Rechte, welche der Volksvertretung gewährt werden, sind ziemlich karg zugemessen; hierzu kommt noch die Besorgniß, daß diese Verfassungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch eine gute Zeit lang papierne bleiben werden. — Die Maßregeln der Regierung oder vielmehr der Militärdictatur gegen die Presse werden immer strenger, und wir begegnen wieder ganz derselben Willkür, wie sie unter dem Fürsten Metternich an der Tagesordnung war. Kürzlich ist sogar der Gesang des Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ durch die Militärgewalt verboten worden. Ob unter diesen Umständen die sonst so lebenslustigen Wiener das alte: „'s giebt nur ein' Kaiserstadt, 's giebt nur ein' Wien!“ auch noch mit der früheren Heiterkeit singen, möchten wir bezweifeln. — Ueber den wahren Stand der österreichischen Finanzverhältnisse herrscht ein geheimnißvolles Dunkel, an dessen Aufklärung der Regierung nicht viel zu liegen scheint; so viel ist gewiß, daß die jetzige Staatsschuld die Höhe von 1200 bis 1300 Mill. Ft. erreicht. Bei dieser Sachlage darf man sich nicht wundern, wenn es Leute giebt, welche an einen bevorstehenden Staatsbankrott glauben. Die baare Münze ist gegenwärtig so selten, daß man ein Geldstück wie ein Kleinod betrachtet. Es beginnt deshalb eine neue Mode in Wien aufzutreten; Damen und junge Männer fangen an Silberzwanziger oder Dukaten als Busen- und Cravattennadeln zu tragen.

Zimmer von Neuem müssen wir berichten, daß die österreichischen Journale fast täglich den Abgang neuer Truppen nach der böhmisch-sächsischen Grenze melden. Die dort aufgestellte Armee ist in letzter Zeit bis zur Stärke von 80,000 Mann angewachsen. Am 10. Januar traf ein Courier des Oberbefehlshabers, Erzherzog Albrecht, in Wien ein, und sofort wurden wiederum zwei Batterien und ein Infanteriebataillon nach Böhmen abgesandt. Die getroffenen Vorrichtungen sind der Art, als ob der Krieg morgen beginnen sollte, und von einer bloßen Demonstration oder Truppenmobilisation kann unter diesen Umständen keine Rede sein.

Frankreich. Der Präsident Ludwig Napoleon ist unter die Zeitungsschreiber gegangen; wenn er aber als solcher nicht mehr Geschick zeigt, als er es zeither als Staatsmann gethan, wird er's nicht lange treiben. Er hat nämlich unter dem Titel „Der Napoleon“ ein neues Wochenblatt etabliren lassen, in welchem künftighin die Politik des Präsidenten vorzugsweise vertreten sein wird. — Ungemeines Aufsehen erregt

eine von dem Ministerium des Auswärtigen ausgegangene Note, welche eine auffällige Mißachtung der Beschlüsse der Nationalversammlung an den Tag legt. Es wird darin geradezu ausgesprochen, daß die Minister durch die Abstimmungen der Volksvertretung keine Niederlage erleiden können, so lange sie das Vertrauen des Präsidenten besitzen. Die Note spricht ferner von „ehrgeizigen Majoritäten“, von „constitutionellen Theorien“ etc. Da haben wir also die Lehren des Absolutismus auch in der Republik; überhaupt giebt es kein besseres Mittel, die republikanischen Träumer zu bekehren, als eine Hinweisung auf die verkehrten Zustände des republikanischen Frankreichs. — Die Nationalversammlung zeigt eine ähnliche Haltlosigkeit, wie das Ministerium; die Abstimmungen sind wahrhaft wetterwendisch, heute für und morgen gegen das Cabinet, und man darf sich daher nicht darüber wundern, wenn das moralische Ansehen der Versammlung immer mehr schwindet. —

Der Königin Ehre.

Geschichtliche Novelle von Hermann Meynert.

(Fortsetzung.)

2.

„Lassen Sie mich: Sie versuchen umsonst mich zurückzuhalten,“ sagte ein ritterlich und reich gekleideter junger Mann zu Petrarca, mit welchem er in der Nähe des Neapler Schlosses, wiewohl an einem wenig betretenen Plage im angelegentlichsten Gespräche stand.

„Sie stürmen in Ihre Gefahr, gnädigster Herr,“ stellte Petrarca vor. „Vor einigen Stunden war ich Zeuge einer heftigen Scene, in welcher Herzog Andreas den Haß, welchen er gegen Sie nährt, vor seiner Gemahlin und mir ausschüttete. Er weiß um Ihre Rückkehr, er kennt Sie als den Jugendgenossen der Königin und argwöhnt Einverständnisse zwischen Ihnen und ihr.“

„Wie ungerecht, wie grundlos!“ sprach Herzog Carl von Durazzo, denn er war dieser Ritter. „Seit fünf Jahren bin ich von Neapel abwesend. Als ich von hier fortging, war Johanna noch beinahe ein Kind, ach, ein süßes, holdes Kind, dessen Bild mich auch über die Schwelle meines Jünglingsalters begleitet hat, und noch jetzt wie ein Stern über meinem Leben steht. Mehrmals sendete ich aus Deutschland und Frankreich ihr Briefe; als Gespieler ihrer Kindheit, als Blutsverwandter hatte ich ein Recht dazu. Und vergebens wartete ich dennoch auf Antwort, ja, auf einen Gegengruß.“ — „Sie war schon damals die Verlobte des Herzogs Andreas,“ sagte Petrarca ernsthaft, „Pflicht und Sitte verboten ihr eine Correspondenz die zu Mißdeutungen hätte führen können. Andreas befindet sich in einer krankhaften Aufregung: das lange Harren auf die Krone und den Königsrang versehen den armen Prinzen in die gereizteste Stimmung, in welcher er überall nur Feinde und Schuldige erblickt. Bei späterer ruhigerer Fassung wird er vielleicht den ungerechten Verdacht, den er gegen Sie und die Königin hegt, bereuen; aber im gegenwärtigen Augenblicke ist er gefährlich, furchtbar. Ich weiß, mein Herzog, daß er seine Posten ausgestellt hat, um jeden Ihrer Schritte zu überwachen; die Wächter könnten Ihnen in übertriebener Dienstbesessenheit leicht verderblich werden. Hüten Sie sich, Herzog, betreten Sie dieses Schloß nicht eher, als bis Sie es mit Sicherheit thun können.“

„Sie sind ein Mann des Friedens, Maestro Petrarca,“ sagte der Herzog von Durazzo lächelnd; „Ihnen darf man schon gestatten, furchtsam zu sein: ich aber bin ein Fürst und ein Ritter, und werde mir von jenem eifersüchtigen Fremdling nicht verwehren lassen, dieses Schloß zu betreten, in welchem mein Rang und meine Abstammung mir ein Heimathrecht erworben haben. Mich drängt es, die Königin zu sehen, ich muß sie sprechen; vielleicht ist sie un-

glücklich und bedarf eines schützenden Armes. Ich fürchte keine Gefahr, und hier giebt es auch keine Gefahr für mich; der Name Durazzo ist in diesem Schloße ein Schild, dem keine Feindeshand etwas anhaben kann. Sie schütteln den Kopf, Petrarca? Nun gut; damit Sie sehen, daß ich Ihre, wenn auch ungegründete Sorge um mich, mit Dank erkenne, werde ich für das erste Mal das Schloß im Geheimen und unerkannt betreten. Seit meinen Kinderjahren kenne ich jeden unbewachten Winkel, jeden verborgenen Gang in diesem Schloße; ich werde unerkannt zu den Zimmern der Königin gelangen. Sie wird, sie muß mich hören und meine Ritterdienste annehmen. Aber nur dieses eine Mal, hören Sie Petrarca, nur dieses eine Mal werde ich es über mich gewinnen, im Dunkeln zu schleichen, wogegen mein ganzer Stolz sich empört. Von morgen an werde ich offen handeln, werde, wenn es gelten sollte, diesem Andreas unvermuthet gegenüber treten und ihm sagen, wie weit die Rechte unserer Königin gehen, und wo die seinigen aufhören.“ Er drängte Petrarca zum Fortgehen. Dieser entfernte sich ungern und zögernd.

Der Herzog von Durazzo drückte sein von Federn beschattetes Barett tiefer in die Augen und verhüllte den untern Theil seines Gesichtes in den Mantel, den er enger um sich schlang. Sein Augenmerk richtete sich auf eine aus frühern Zeiten ihm wohlbekannte kleine Thür, die an einem nicht sehr gangbaren Seitenbau des Schlosses zwischen dicken Strebepfeilern sich verbarg und nur durch labyrinthisch sich kreuzende, nur weniger bekannte Gänge in den Haupttheil des Palastes führte. Er blickte vorsichtig um sich und wollte schon auf die Thür zugehen, als er hinter einem jener Pfeiler einen vollständig gepanzerten Ritter gewahrte, der in einfacher schwarzer Rüstung und mit geschlossenem Visire, unbeweglich wie ein gedunkeltes Bild von Erz auf seinem Plage stand.

Etwas überrascht trat der Herzog zurück, und war einen Moment zweifelhaft, was er thun, und ob er unter solchen Umständen sein Wagemuth nicht lieber auf gelegnere Zeit aufschieben sollte. Doch gewöhnt, von einem einmal gefaßten Vorsatz schwer abzugehen, und Hindernisse meist nur der Einbildung beizumessen, sah er das Erscheinen des Ritters bloß als etwas Zufälliges an, und ging, schnell entschlossen, geraden Wegs auf den Unbekannten zu. Der bei seiner Annäherung eine leichte Bewegung machte.

„Ritter müssen einander helfen, auch wenn sie sich nicht kennen,“ sagte er unbefangen und mit dem einnehmenden Wesen, welches ihm so sehr zu Gebote stand. „Es ist mir in meiner Lage lieb, hier einen unbekanntem Freund zu finden. Mir liegt daran, ungesehen in das Schloß zu kommen und mich vor Lauschern sicher zu wissen. Erzeigen Sie mir die Liebe, mein schwarzer Ritter, diesen Eingang so lange zu bewachen, bis ich herauskomme; Sie sollen nicht lange auf mich warten dürfen. Zählen Sie dafür in jedem Falle auf die bereitwilligsten Gegendienste des Herzogs von Durazzo.“

Bei diesem Namen machte die Hand des schwarzen Ritters eine Bewegung, als wollte sie zum Schwerte greifen.

Der Herzog bemerkte diese Bewegung nicht und fragte atglós: „Wollen Sie?“

„Nein!“ sprach der Angeredete dumpf in sein Helmvisir hinein.

„Und warum nicht?“ fragte der Herzog verwundert und etwas bitter. „Verzeihen Sie, ich habe mich in Ihnen geirrt. Ich sprach Sie um diesen Männerdienst an, weil ich Sie für einen Ritter hielt. Aus Ihrer Weigerung entnehme ich, daß Sie keiner sind.“

Er wendete sich zum Gehen.

„Halt!“ sagte der Angeredete dumpf wie vorher und mit einer gebieterischen Haltung.

„So wollen Sie meine Bitte erfüllen?“ fragte Durazzo umkehrend.

Der schwarze Ritter schien sich einen Augenblick zu besinnen, dann nickte er.

„Nehmen Sie im Voraus meinen Dank!“ versetzte der Herzog und bot dem Ritter seine Hand.

Dieser zögerte, dann griff er hastig zu, und drückte, wie in einem krampfhaften Anfall, die Hand des Herzogs so gewaltig, daß dieser die Zähne zusammenbiß.

Mit einem etwas überraschten Blicke auf seinen seltsamen Helfer schlüpfte der Herzog in die geöffnete kleine Pforte und verschwand schnell in den innern Gängen.

Kaum war er fort, so brach die zurückgehaltene innere Aufregung des schwarzen Ritters in stummen, doch heftigen Bewegungen hervor. Einen Moment schien er im Begriffe, dem Herzog mit gezogenem Schwerte nachzueilen, doch von seinem Versprechen gebunden, stieß er die Klinge in die Scheide zurück; aber sein unartikulirtes murrendes Drohen wurde selbst durch das Wisir hörbar, und seine Hände ballten sich unwillkürlich.

Plötzlich faßte er sich und lauschte auf ein Geräusch, das von dem Gange her, welchem der Herzog zugeeilt war, an sein Ohr schlug. Einen Augenblick später trat Durazzo, wie fliehend, wieder aus der Pforte heraus, in welche er mit einiger Bestürzung zurückblickte.

„Mein unbekannter Freund,“ sagte er, hastig die Hand des Ritters fassend, „kaum gewährten Sie mir den ersten, so muß ich Sie schon um den zweiten Liebesdienst ersuchen. Meinen Feinden ist mein Kommen verrathen worden, ich werde von ihnen verfolgt. Wer den Herzog von Durazzo kennt, weiß, daß derselbe nicht zu fliehen gewohnt ist. Doch an diesem Orte binden mich Rücksichten, denen mein Muth sich beugen muß. Ich darf mich hier keinem Kampfe stellen, um kein Aufsehen zu erregen. Sie scheinen hier bekannt zu sein; hindern Sie meine Verfolger, Waffenlärm zu erregen. An jedem andern Orte, nur nicht hier, werde ich mich finden lassen.“

Er hatte noch nicht ausgesprochen, als zwei ungarische Krieger mit blanken Säbeln aus der Pforte heraus und auf den Herzog losstürzten.

Der schwarze Ritter trat schnell zwischen den Verfolgten und die Krieger: „Laßt von ihm ab!“ sagte er ruhig.

Die beiden Verfolger stuyten, machten aber sofort wieder die Miene, über den Herzog herzufallen.

„Laßt von ihm ab, ich gebiete es!“ sprach der Ritter lauter und heftiger.

„Wer hat hier zu gebieten?“ sprach der Ältere der beiden Krieger trotzig. „Wir handeln hier auf höherem Befehl. Der Mann da, den wir verfolgen, muß sich uns gefangen geben, oder er fällt hier auf der Stelle von unserer Hand.“

„Zurück!“ donnerte der Ritter, sein Wisir aufschlagend.

„Der Herzog Andreas!“ riefen die beiden Ungarn, indem sie zurückwichen und ehrerbietig ihre Säbel senkten.

„Der Herzog Andreas!“ wiederholte der Herzog Carl von Durazzo staunend.

„Herr,“ fuhr der eine Ungar auf, „weist Du auch, wen Du schütest? Es ist Dein Feind; der schöne Durazzo. Befiehl Herr, und ich tödte ihn vor Deinen Augen.“

„Nein, mein Sohn, das darfst Du nicht,“ entgegnete Andreas. Er selbst stellte sich zu seiner Leibwache auf, und so muß ich ihn schützen, ob er auch mein Feind ist. Du bist ein Ungar und weist daher am besten, daß ich nicht anders handeln darf. Jetzt geht, meine Freunde, doch nein, bleibt! Bedarf ich auch Eures Armes nicht, so werde ich Euch doch wahrscheinlich als Zeugen nöthig haben.“

„Mein Herzog,“ sagte Carl v. Durazzo, mit dem Ausdruck der Verlegenheit sich seinem Gegner nähernd, „wie sehr beschämt mich Ihre Großmuth, wie bitter habe ich Sie erkannt!“

Andreas wendete sich gegen seinen Feind und blickte ihn an, anfangs stolz und verächtlich, dann mit steigendem

Borne. „Durazzo,“ versetzte er in ersticktem Tone, „die Sprache hat keine Worte, um Ihnen zu sagen, wie tief ich Sie hasse und verabscheue. Meine Beschützerrolle ist zu Ende; Sie haben von Ihren Verfolgern nichts mehr zu fürchten, bedürfen meines Schutzes nicht mehr, und die Verpflichtung, welche ein sonderbarer Zufall meiner Ritterehre für einige Minuten auferlegte, erlischt von nun an. Gottlob, daß meinem Hasse jetzt nicht mehr Hände und Füße gebunden sind!“

„Ihrem Hasse, mein Herzog!“ fiel Durazzo versöhnend ein; „ach, wer denkt jetzt noch an Haß!“

„Ich denke daran, Durazzo, ich!“ sagte Andreas immer ergrimmt. „D, meine Seele athmet nichts als Haß gegen Sie. Gegen diese beiden Männer hier — meine Diener — konnte ich Ihnen beistehen; aber vor einem andern unversöhnlichen Feinde, der keinen Herrn über sich erkennt, vermag ich Sie nicht zu schützen, und dieser Feind bin ich! Ziehen Sie Ihr Schwert, Durazzo, einer von uns muß umkommen, wenn nicht Beide!“

„Sie sind in heftiger Gemüthsbewegung, mein Herzog,“ sagte Durazzo. „Söhnen Sie sich Zeit, wir werden uns verständigen.“

„Keine Secunde Aufschub,“ rief Andreas wild; „ziehen Sie, oder ich stoße Sie nieder!“

„Mein Schwert gegen Jeden, nur nicht gegen Sie, Herzog,“ sprach Durazzo mit Entschiedenheit.

„Feigling!“ knirschte der Ergrimnte. „Dein Handwerk ist nur Schleichen und Verführen; auf ehrlichen Kampf verstehst Du Dich nicht. So nimm das, Memme, und denke an Andreas von Ungarn.“

Bei diesen Worten versetzte Andreas, ehe Durazzo es sich versah, diesem mit umgekehrtem Degengefäße einen Schlag auf die Schulter.

Ein Laut der Wuth entfuhr dem Geschlagenen; die unerhörte Beschimpfung sträubte sein Haar in die Höhe. „Das kostet Blut,“ schrie er. „Jetzt, ja jetzt muß einer von uns sterben. Hier mein Schwert; fall aus, Andreas, vertheidige Dich!“

„Ich habe mich anders besonnen,“ sagte Andreas, plötzlich umgewandelt, mit kaster grausamer Ruhe. „Vorhin wolltest Du Dich nicht schlagen, jetzt will ich nicht. Behalte Deine Schande, ich fechte nicht mehr mit Dir.“

Er ging rasch in das Schloß zurück, von den beiden Ungarn gefolgt.

Außer sich, vom Schrecken gelähmt, von Zorn und Scham vernichtet, starrte Durazzo dem enteilenden Beleidiger nach.

(Fortsetzung folgt.)

Immer und immer wieder der Belagerungszustand.

„Immer und immer wieder der Belagerungszustand!“ wird uns der Leser zurufen. Ganz natürlich, wenn der Schuh aufs Hühnerauge drückt, der schreit bei jedem Schritte Ach und Weh! Allein nicht bloß dieser pathologische Gedanke ist es, was uns veranlaßt auf das politische Spanisch-Fliegenlaster der Neuzeit immer und immer wieder und so lange zurückzukommen, bis der Belagerungszustand auch von Dresden entfernt ist, sondern wir haben dazu noch einen psychologischen und moralischen Grund. Es gab einst in dem römischen Senate einen Republikaner von altrömischen Schrot und Korn, welcher jede seiner Reden, mochte er darin auch noch so geringfügige Dinge erörtert haben, mit den Worten schloß: „Ceterum censeo, Carthaginem esse delendam!“ d. h. „Uebrigens meine ich, daß die Stadt Karthago (die Nebenbuhlerin des alten Rom) zerstört werden müsse.“ Anfangs lachte man über den närrischen Kauz, wofür man ihn hielt; allein da sich derselbe nicht beirren ließ, sondern vor wie nach sein Ceterum censeo ausrief, so wurde man stuhig, dachte darüber nach und wurde schließlich von der Wahrheit seiner Mahnung überzeugt. In einer ähnlichen Lage befinden wir uns. Wir leben in der festen Ueberzeug-

ung, daß wenn Handel und Wandel wieder belebt, wenn nach allen Richtungen hin das Vertrauen gestärkt und gekräftigt werden und der ruhige und schlichte Bürgermann wieder zu Ehren kommen, wenn zum Wohle des Ganzen die Militärgewalt in ihre natürlichen Grenzen zurückgewiesen werden soll — alsdann auch der Ausnahmezustand aufhören und der Rechtszustand zurückkehren muß. Da wir ferner wissen, daß der Tropfen selbst einen Stein auszuhöhlen vermag, so rufen wir immer und immer wieder: „Uebrigens meinen wir, daß der Belagerungszustand aufhören muß!“

Um aber nicht in das Blaue hinein zu schwagen, so haben wir uns gefragt: „Warum läßt den eigentlich die Staatsregierung nur den Dresdener Kriegsstand noch fort-dauern?“ Wir wissen nicht, ob es anderen Leuten auch so gegangen ist, wie uns; wir haben lange und vergeblich nach durchschlagenden Gründen gesucht, aber keine zu finden vermocht. Der Herr Staatsminister Behr hat ja selbst in der zweiten Kammer geäußert, daß das sächsische Volk in anerkennenswerther Weise geseligen Sinn gezeigt habe, und zum sächsischen Volke gehört denn doch auch die Einwohnerschaft Dresdens. An eine Wiederholung der Maitage zu glauben, müssen wir für pure Unmöglichkeit halten. Man beobachte nur einmal die Bewohner Dresdens in ihrem Leben und Weben. Die Leute denken nicht an Rebellion und Revolution, und wenn man vollends mit ihnen spricht, so wird man in diesem Punkte vollständig beruhigt. Die meisten haben die Politik überhaupt recht herzlich satt, und in Betreff der Revolution liegen Allen noch die Maitage in den Gliedern. Ueber dieß Alles aber wiederholen wir, daß der Staatsminister Behr gesagt hat, das sächsische Volk habe seinen geseligen Sinn bewahrt, und ein geseliges Volk braucht keinen Belagerungsstand.

Indem wir und mit uns wohl fast alle nicht militärischen Einwohner vergeblich nach Gründen für den Belagerungsstand suchen, fällt uns eine ministerielle Mittheilung über diese Angelegenheit in die Hände. Die erste Kammer hat nämlich noch über den Antrag des Abg. Müller aus Nieder-Lößnitz Beschluß zu fassen. Der mit der Berichterstattung darüber beauftragte erste Ausschuss hat sich mit dem Staatsminister von Friesen deshalb in Vernehmen gesetzt und von diesem rücksichtlich der über verschiedene Gegenden Sachsens verhängten Belagerungsstände ein Art Denkschrift erhalten. Halt, dachten wir, darin werden gewiß auch Enthüllungen gemacht über die bekannten „politischen Gründe“, von denen der Staatsminister v. Friesen in der II. Kammer gesprochen und um deren willen der Belagerungsstand über Dresden fort-dauern soll. Arge Täuschung! Die hierauf bezügliche Stelle aus der ministeriellen Denkschrift lautet also:

„Was den Kriegsstand in Dresden und Umgegend anlangt, so sind die Verhältnisse, die seine Verhängung nothwendig machten, so notorisch, daß es nach der eigenen Ansicht des geehrten Ausschusses einer besonderen Darlegung derselben nicht bedarf. Wenn sich nun auch die Regierung mit der sofortigen Aufhebung desselben nicht einverstanden kann, so berührt dieß insbesondere auf der Ueberzeugung, daß die Partei, welche in der ersten Hälfte dieses Jahres die verschiedenen Aufstände in Dresden, der Pfalz, Baden und in vielen anderen Orten und Gegenden geleitet und hervorgerufen, ihre Pläne noch nicht aufgegeben hat und namentlich auf Dresden noch ihre Hoffnungen setzt. Deutet hierauf hin schon die hoffnungreiche und Rache drohende Sprache vieler demokratischer Blätter, so liegen auch für Dresden selbst mehre Anzeichen vor, die auf die Absicht einer Einwirkung auf die Soldaten im revolutionären Sinne schließen lassen. So haben z. B. neuerdings erst verschiedene Soldaten-Exemplare der bekannten „Kriegsartikel“ von Heizingen, die ihnen zugestellt worden, an das Gouvernement abgegeben, und bei Gelegenheit einer Haus-suchung bei einem hiesigen Einwohner hat man ein ganzes Paquet dieser Kriegsartikel, sowie andere aufreizende Schriften gefunden. Liegt daher die Befürchtung, daß nach Aufhebung des Kriegsstandes die Wühlereien und insbesondere das Aufwiegeln der Solda-

ten, was im vorigen Jahre hier im größten Maassstabe betrieben wurde, alsbald wieder beginnen werden, sehr nahe und ist gerade jetzt, bei den gespannten Zuständen Deutschlands überhaupt, es doppelte Pflicht der Regierung, Excessen der Art vorzubeugen, die zu ganz unübersehbaren Folgen führen könnten, so hält dieselbe es für durchaus unthunlich, den Kriegsstand schon jetzt und ehe ihr durch ein neues Vereinsgesetz die Kraft gegeben worden ist, dem geseligen Ausschreitungen der Vereine entschieden entgegen zu treten, wieder aufzuheben.“

Der langen Rede kurzer Sinn, die Gründe zur Rechtfertigung des Dresdener Belagerungsstandes sind demnach folgende:

1) Die Umsturzpartei, die Demokraten haben ihre Hoffnung besonders auf Dresden gesetzt. Beweis: „Die hoffnungreiche und rachedrohende Sprache vieler demokratischer Blätter.“ Weil also die demokratischen Zeitungen in Preussen, Frankreich, Amerika oder auch in Sachsen eine hoffnungreiche Sprache führen, soll Dresden auserselbst sein, die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen, unbeirrt darum, daß wer einen Funken gefunden Menschenverstandes hat, sich sagen muß, daß in Dresden jetzt eine revolutionäre Schilderhebung eine That des Wahnsinns wäre. Wer soll sie denn machen? Die Dresdener Bürger? Hat der Staatsminister Behr nicht gesagt, daß das sächsische Volk und auch die Dresdener ihren geseligen Sinn bewahrt haben? Machen es endlich die demokratischen Blätter, wie z. B. das Leipziger Reibeisen zu toll, nun weshalb thun alsdann die Staatsanwälte nicht ihre Pflicht und Schuldigkeit?

2) Einige Soldaten haben verbrecherische Schriften zugestellt erhalten, diese haben sie an das Gouvernement abgegeben, und bei einem Dresdener Einwohner hat man ein ganzes Paquet solcher aufrührerischer Schriften gefunden. Hier muß man vorerst fragen: Wer hat diese verbrecherischen Schriften den Soldaten zugestellt und in welcher Absicht ist es geschehen? und in Betreff der Haus-suchung bei dem hiesigen Einwohner wird man unwillkürlich an die Ohmschen Enthüllungen erinnert. Weil also zwei oder drei Soldaten verbrecherische Schriften zugestellt erhalten haben, so müssen 80,000 Menschen darunter leiden. Es ist doch eine schöne Sache um die Logik. Aber auch angenommen, daß dieses in Wahrheit sich so verhält, wie es hier gesagt, daß wirklich Versuche gemacht worden sind, einzelne Soldaten zu verführen, was hat es denn gefruchtet? Sie haben die Schriften an das Gouvernement abgegeben, und sie werden es künftig auch so machen, denn noch neulich sagte Staatsminister Dr. Bschinsky in der II. Kammer, daß die Pflicht-treue des sächsischen Heeres nicht erschüttert werden könne. Wenn aber nur der Belagerungsstand die Aufwiegeln der Soldaten zu verhindern vermag, wie ist es denn da an solchen Garnisonsorten, wo der Belagerungsstand nicht herrscht? —

Endlich 3) wird der Belagerungsstand nicht aufgehoben, weil noch kein neues Vereinsgesetz erschienen ist, welches der Regierung Kraft giebt, den geseligen Ausschreitungen der Vereine entschieden entgegenzutreten. Das gegenwärtige Ministerium ist ja eine „starke Regierung“, wozu braucht ihm da noch Kraft gegeben zu werden? Alsdann hat das Ministerium ja auch keinen Gesetzentwurf auf Abänderung des Gesetzes über das Vereinsrecht vom Jahre 1848 bei der Kammer eingebracht, mithin muß man bezweifeln, ob überhaupt das Ministerium geneigt sei, den Belagerungsstand aufzuheben. Auf der anderen Seite darf ferner nicht unerwähnt bleiben, daß die jetzige Volksvertretung eine Beschränkung des Vereinsrechts kaum genehmigen würde. Da nun die Staatsregierung den Dresdener Belagerungsstand ohne Beschränkung des Vereinsrechts aufzuheben nicht gemeint ist, so würde daraus folgen, daß er überhaupt niemals wieder aufhören solle. Es ist doch eine herrliche Sache um die Logik, sie eröffnet dem ruhigen Staatsbürger manche erfreuliche Aussicht!! — Dieß sind die „po-

litischen Gründe" der Staatsregierung für die Fortdauer des Dresdener Belagerungszustandes. Wir überlassen es dem Leser, ob er sich dadurch von der Nothwendigkeit der in Rede stehenden Maßregel überzeugt findet, und fügen bloß die Bemerkung hinzu, daß wir uns der Hoffnung nicht zu entschlagen vermögen, daß, wie in dem Amtsbezirke Werdau, die Verhältnisse sich auch für Dresden recht bald in der Art ändern werden, daß unser Ausnahmezustand selbst am Ministertische nicht mehr für nöthig erachtet werden wird.

Eine Verschwörung in Rußland.

Man wird sich erinnern, daß in der letzten Hälfte des vergangenen Jahres zu wiederholten Malen dunkle Gerüchte von einer in Rußland entdeckten Verschwörung durch die Zeitungen gingen, aber damals aus leicht begreiflichen Gründen in halb-officieller Weise stets in Abrede gestellt wurden. Jetzt erfahren wir sogar officiell, daß die Sache sich doch so verhält, und daß auch das durch Kosakenketten fast hermetisch verschlossene Rußland von den Schwingungen der Jahre 1848 und 1849 nicht ganz unberührt geblieben ist. Verschwörungen und Aufstände sind in Rußland trotz einer fast allwissenden Polizei, trotz Knutenhieben und sibirischen Bleibergwerken nichts Seltenes; sie unterscheiden sich aber von den im westlichen Europa dadurch, daß sie entweder einen bloßen Thronwechsel bezwecken, oder in Folge unmenschlicher Bedrückungen Seiten der Gutsherren den Character einer blinden Vernichtung und Rache tragen; von einer durch eine große politische Idee hervorgerufenen Bewegung ist bis jetzt noch nicht die Rede gewesen. Die Verschwörung des vorigen Jahres hat jedoch einen eigenthümlichen, von den vorigen verschiedenen Character gehabt. Ungeachtet in den nach Rußland gebrachten Büchern jede nur einigermaßen auf Freisinn hindeutende Stelle mit Buchdruckerwärze überpinselt wird und an eine wahrheitsgetreue Zeitungsliteratur gar nicht zu denken ist, so kann selbst das Argusauge der russischen Censurpolizei nicht verhindern, daß nicht auch hier die Ideen des Jahrhunderts, wenn auch verkümmert und entstellt, Boden gewinnen und wuchern, daß nicht auch eine dunkle Kunde von dem, was im westlichen Europa, zumal in Deutschland vorgeht, nach St. Petersburg und Moskau gelangt. Das aber gilt nur von den höheren und gebildeten Ständen in Rußland, und namentlich wieder von jungen Leuten, welche durch die russische Politik noch nicht entfittlicht und für die Freiheit und Gerechtigkeit, für Tugend und Wahrheit noch begeistert sind. Aus diesem Grunde hören wir auch, daß wenn einmal conspirirt wird, dies gerade von den jüngeren Mitgliedern angesehenen Familien geschieht.

Bei der letzten Verschwörung hatten sich ebenfalls eine Anzahl junger Leute theils aus dem Militär-, theils aus dem Civilstande zusammengethan. Nach russischen Begriffen soll es ein Complot, eine Verschwörung, in That und Wahrheit aber ist es zuletzt weiter nichts gewesen, als ein Verein, eine natürlich geheime politische Gesellschaft, deren Zweck gewesen sein soll, die russische politische Organisation, den russischen Absolutismus umzustürzen und wahrscheinlich eine constitutionelle Staatsverfassung herbeizuführen. Die Folge davon war, daß sowohl die Stellung des Kaisers als auch die Regierungssacte hier einer gewiß nicht beifälligen Kritik unterworfen wurden, während man andererseits den Augenblick erwarten mochte, die gefasteten Entwürfe zur Ausführung zu bringen. Eins der Mitglieder dieser geheimen Gesellschaft macht den Verräther, und eines schönen Tages im Monat Juni wird ganz Petersburg durch die große Menge plötzlicher Verhaftungen, wozu man keinen Grund zu finden vermag, erschreckt. Der Kaiser setzt nun eine Untersuchungscommission nieder, welche nach fünfmonatlicher Arbeit endlich zu Ende des Jahres ihren Bericht abfertigt.

Derselbe gewährte zuvörderst allen Denjenigen, welche in diese nach seiner Meinung verbrecherische Verschwörung, sei es durch Zufall, sei es durch Leichtsin, gezogen worden waren, vollständige und gänzliche Amnestie. Die Stifter der Gesellschaft, die Klügsten unter den jungen Leuten, oder um in der Sprache des officiellen Petersburger Journals zu reden, die wahren Verbrecher, die Verfänger, wurden vor eine Militärcommission gestellt, des Hochverraths natürlich für schuldig befunden, und zum Tod durch Erschießen verurtheilt, nachdem vorher das Urtheil durch das Generalauditoriat geprüft worden war. Dieses Loos traf 21 Personen, worunter einige Titularräthe, einige Hofcavaliere außer Dienst, eine Anzahl Gardesoffiziere, einige Studenten und Literaten, einige Staatsdiener und nur ein einziger Bürger waren.

Nachdem dem Kaiser der Bericht des Generalauditoriat vorgetragen worden, ließ er bis zu einem gewissen Punkte eine Milderung des Urtheils eintreten. Das Urtheil wurde den Unglücklichen zunächst vor den versammelten Truppen vorgelesen, nach Vornahme aller Vorbereitungen zur Vollziehung der Todesstrafe ihnen angekündigt, daß der Kaiser ihnen das Leben schenke, und daß sie, statt die über sie verhängte Todesstrafe zu erleiden, aller ihrer bürgerlichen Rechte für verlustig erklärt und je nach dem Grade ihrer Schuld, die Einen zu Zwangsarbeit in den Bergwerken, die Andern zu Zwangsarbeiten in den Festungen oder auch zur Einverleibung in verschiedene Armecorps verurtheilt seien. Diesem russischen Kaiser ist ein gewisser Zug von Großmuth nicht abzuspüren, namentlich wenn man den ganzen Vorgang von russischem Standpunkte aus betrachtet und neuerliche blutige Urtheilsvollstreckungen in Ungarn und Baden damit vergleicht. Der russische Kaiser gab unaufgefordert eine Amnestie, aber in manchen deutschen Staaten können sich die Minister nicht dazu entschließen, obschon eben auch nichts weiter als politische Vergehen darunter begriffen werden sollen. —

Vom Landtage.

Wir müssen wieder mit dem alten Liede anfangen: Die Kammern haben in dieser Woche etwas Erhebliches nicht zu Stande gebracht. Das ist ein Zögern und Hin- und Herreden, ein Schwanken und Aufschieben, eine Mattigkeit und Frostigkeit, daß Einem ganz Weinerlich dabei zu Muthe wird. Fangen wir mit der ersten Kammer an. Man wird sich erinnern, daß dieselbe vergangenen Donnerstag in der Berathung des Aufruhrgesetzes, welches beiläufig gesagt von dem Finanzminister Behr verfaßt worden ist, bis zu den §§. 16 und 17 gekommen, welche Bestimmungen über den Kriegsstand und das Standrecht enthalten. Man war auf die Freitagssitzung gespannt, wo, wie man glaubte, die nicht unwichtige Sache zur Erledigung kommen sollte. Auf der Regierungstribüne bemerkte man mehrere Offiziere, und der Kriegsminister erschien in voller Uniform, sowie auch die anderen Minister sämmtlich zugegen waren. Aber siehe da, kaum hatte die Debatte über diesen Gegenstand begonnen, so kam der erste Vicepräsident Schenk, da ihm weder das Majoritätsgutachten, gänzliche Ablehnung der §§. 16 und 17, noch der Minoritätsvorschlag, modificirte Annahme, noch auch die Fassung in der Gesetzbildung selbst genügte, mit einem neuen Antrage, der dahin ging, daß, wenn ein Bezirk in Kriegsstand erklärt worden wäre, alsdann von dem Gesamtministerium eine Untersuchungscommission, bestehend aus 3 Civilrichtern und 2 Stabsoffizieren, anstatt der Standgerichte ernannt werden sollte. Der eigentliche Kern des Antrags ist der Umstand, daß bei dieser Schenk'schen Untersuchungscommission die Ansichten des Civilstandes über die des Militärs das Uebergewicht haben. Es steht ihm aber ganz einfach der Art. IX. §. 175 der deutschen Grundrechte entgegen: „Ausnahmegerichte sollen nie Statt finden.“ Indes wanderte der Schenk'sche Antrag doch in

den Ausschuss zurück, und die Schlussabstimmung über das in Rede stehende Aufnahmegesetz wurde demnach bis auf Weiteres vertagt. In der Montagsitzung sollte der v. Wagh-dorf'sche Bericht über die Aufhebung des Belagerungs-zustandes in Dresden, dessen wir schon oben (S. 20 u. 21) ge-dacht haben, zur Sprache kommen. Aber siehe da, man hatte sich, wie bisher mit der wirklichen Aufhebung desselben, abermals getäuscht gefunden. Auf den Wunsch des ersten Ausschusses, dem der hierauf bezügliche Antrag des Abg. Müller aus Niederlöbnitz zur Begutachtung vorgelegen hatte, wurde auch dieser Gegenstand bis nach Erledigung der §§. 16 und 17 des Aufnahmegesetzes vertagt. Ähnlich kam es mit einem dritten Gegenstande, der in zwei Sitzungen viel Rederei hervorgerufen hatte. Der Abgeordnete Dr. Joseph hatte nämlich schon vor einiger Zeit einen Antrag folgenden Inhalts bei der Kammer eingebracht: „ihm die Er-laubniß zu erteilen, einen Gesetzentwurf, durch welchen die in den deutschen Grundrechten abgeschaffte Todesstrafe ergänzt werden soll, einzubringen.“ Nachdem man lange darüber debat-tirt hatte, ob man über die Erlaubniß debattiren sollte, wurde endlich am Dienstag über die Erlaubniß debattirt. Das Ministerium zeigte sich äußerst abgeneigt, darauf einzugehen; indessen kam es doch zur Abstimmung mit Namensaufruf, und siehe da, es kam wieder nichts heraus. Es trat näm-lich der seltene Fall ein, daß — um den Kammerausdruck zu brauchen — die Stimmen, 21 gegen 21, standen. Wenn dieser seltene Fall eintritt, so muß nach der provisorisch an-genommenen Landtagsordnung die definitive Abstimmung in der nächsten Sitzung erfolgen. Da bis dahin die bei der jetzt erwähnten Abstimmung abwesenden Abgg. Haben, v. Waghdorf und Rammen jedenfalls wieder eingetroffen sein werden, so wird sich wahrscheinlich zuletzt noch zu Gunsten des Joseph'schen Antrags eine Majorität ergeben. Das einzige nicht unwichtige Resultat der ganzen Debatte war die Mittheilung des Staatsministers Dr. Schinsky, daß demnächst ein königliches Decret erscheinen werde, durch welches die Zusicherung erteilt werden würde, daß bis zur Verabschiedung des revidirten Criminalgesetzbuches kein er-kanntes Todesurteil zur Vollziehung kommen soll. Endlich erfolgte auch noch Berathung und Beschlussfassung über die im 67., 68. und 69. Bezirke erfolgte Wahl des Dr. Theile und dessen Beschwerde wegen nicht erfolgter Einberufung und fortdauernder Haft. Die Beschwerde wurde für formell unzulässig, jedoch die Wahl an und für sich für gültig er-kannt und beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Abg. Dr. Theile die Missive jedenfalls und unerwartet der eventuellen Entscheidung des Untersuchungsgerichts in Be-treff seiner Freilassung zuzustellen. Es wird sonach Sache des Dr. Theile selbst sein, diese zu bewirken. Eine ei-genthümliche Erscheinung in dieser Kammer ist erstlich die auffallende Schweigsamkeit der Mitglieder der Linken; au-ßer Dr. Joseph haben wir fast keins derselben an der Debatte sich betheiligen sehen. Alsdann ist noch die eben bemerkenswerth, mit der die Ausschüsse bemüht sind, die Klippen von Prinzipfragen zu umschiffen. Da nun aber, wie das nicht anders sein kann, deren unzählige sind, so ist das Zögern und Schwanken der Kammer leicht erklärlich.

Nach der Landtagsordnung werden die Directorien der Kammern aller 8 Wochen neu gewählt. Das Directorium der ersten Kammer, Präsident Georgi, erhielt ein vollstän-diges Vertrauensvotum; sämtliche Mitglieder desselben wurden wieder gewählt.

Die Thätigkeit der zweiten Kammer hat sich in dieser Woche auf „Redenhalten“ beschränkt. Darin sind die Mitglieder dieser Kammer ziemlich stark; aber zum Vortheile des Landes würde es unstreitig mehr gereichen, wenn man sich einer weisen Deconomie des Wortes befleißigen wollte. Das Wichtigste, was man zur Erledigung brachte, war das königl. Decret, die Uebernahme des Eiserbrunnens an den Staat betreffend. Zur Instandsetzung und Aufbringung des-

selben wurden der Staatsregierung die postulirten 90,000 Thlr. bewilligt, jedoch unter Einrechnung der schon früher zu diesem Zwecke bewilligten kleineren Summen. Hiernächst aber ist noch eine die Steuerangelegenheit berührende Vorberathung zu erwähnen. Es liegen nämlich, der Kammer Gesetzent-würfe 1) über die Schlachtsteuer, 2) über außerordentliche Zuschläge zur Stempelsteuer, 3) über die Ergänzung und Abänderung der Gewerbe- und Personalsteuer und 4) über Ausübung des landesherrlichen Salzverkaufrechts vor. Der Ausschuss fragte an: ob die Kammer gemeint sei, die Be-rathung dieser Gesetzentwürfe unerwartet des Berichts über die Budgetvorlage vorzunehmen? Die Minorität des Aus-schusses (Haberhorn, Müller und Wagner aus Schneeberg) sagte: „Nein“; die Majorität (Harkort, Dr. Hülße, Ded-michen und Sommer) sagte: „Ja“. Bei der Abstimmung in der Mittwochsitzung standen auch hier die Stimmen. 32 waren für die Minorität, 32 für die Majorität. Die Abstimmung wurde daher in der Donnerstagsitzung wieder-holt, und die Kammer entschied sich nach Abwerfung des Majoritätsgutachtens gegen 20 Stimmen für die Ansicht der Minorität; es wird demnach die Berathung über die von der Regierung beantragten Steuererhöhungen, mit Ausnahme der Abänderung in der Personalsteuer, über welche ihrer Wichtigkeit halber sofort Bericht erstattet werden soll, bis nach der Beschlussfassung über die Budgetvorlage ausge-setzt bleiben. Auch in der zweiten Kammer sind sämtliche Mitglieder des Directoriums wieder gewählt worden. Der Präsident Cuno aus Zwickau erhielt von 65 Abstimmenden 60 Stimmen. Als ein Kuriosum mag noch die Petition des Vereins „für Gesetz, Ruhe und Ordnung“ (in Eutritsch bei Leipzig) angeführt werden, welcher „ganz gehorsamst“ bat, daß der Eutritscher, sowie alle politischen Vereine Sachsens von der Staatsregierung „polizeilich überwacht“ werden möchten. Die Kammer lachte und ging zur Tagesordnung über.

Kleine Mittheilungen.

* Dresden, 17. Jan. Unsere Stadtverordneten haben wenig Glück mit den Stadtrathswahlen; Steuerprocurator Fied, Kaufmann Gehe und Stadttältester Seyffert haben die Wahl abgelehnt. — In der letzten Sitzung der Stadtver-ordneten ging eine Beschwerde hiesiger Hausbesitzer „wegen Auslaufens der sandsteinernen Röhren und dadurch herbei-geführter Berunreinigung ihrer Keller“ ein. Es wäre ein Unglück, wenn dieses kostspielige Werk, welches so über-schwengliche Summen gekostet, in der praktischen Ausführ-ung sich nicht bewähren sollte! Wir werden wohl hören, was der Stadtrath dazu sagt.

* Nach den eben ausgegebenen Kirchennachrichten für die Residenzstadt Dresden sind im verfloffenen Jahre 3516 Kinder (darunter 902 uneheliche) geboren und 3222 Personen beerdigt worden. Getraut wurden 750 Paare; Communicanten zählte man 44,057 (im Jahre 1749, wo die Bevölkerung nur halb so stark als jetzt war, gab es 92,142 Communicanten). Die Zahl der Gestorbenen ist im Monat Mai am stärksten gewesen. Im Ganzen waren 50 Paar Getraute, 72 Geborene, 15 Gestorbene mehr, und 4188 Communicanten weniger als im Jahre 1848.

* Der Hauptmann v. Rohrscheid, der am 4. Mai nach der Convention zwischen der Communalgarde und der Besat-zung des Zeughauses auf dem Rathhause erschien und dort ei-nige unschuldige Worte sprach, ist zum Tode verurtheilt wor-den. — Der ehemalige Prediger der hiesigen deutsch-katholi-schen Gemeinde, Dr. Edwin Bauer, der kürzlich, wie ein ihm nahestehendes sächsisches Blatt erzählt, ein reines Glaubensbe-kenntniß in die Hände des Dr. Harles niedergelegt hat, hat eine Hilfslehrerstelle am Gymnasium zu Zwickau erhalten. (Dr. Z.)

* Eibensfeld, den 15. Januar. Am 8. Jan. d. J. ereignete sich in unsrer Nähe ein bedauernswerthes Jagdun-

glück. Ein junger Mann, Namens Schickert, Forstaccessist, ging mit einem hiesigen Jägerburschen auf die Jagd. Auf einem Waldwege folgt der Jägerbursche dem nur wenige Schritte vorausgehenden Schickert, die Flinte wagrecht in der Hand tragend. Durch einen verhängnißvollen Zufall bleibt der Hahn an einem Gesträuch hängen, und zieht sich soweit auf, daß sich der Schuß entladet. Schickert sinkt, in den Rücken getroffen, nieder; er starb nach einer halben Stunde. Der Jägerbursche soll untröstlich sein.

Mannichfaltiges.

Das großartige Auswanderer-Hospiz zu Bremerhaven. Der bekannte Reisende Kohl erzählt hierüber in der Augsb. Allg. Zeitung Folgendes: Im Frühling des nächsten Jahres wird Bremerhaven wieder eine große Bequemlichkeit mehr für die Auswanderer darbieten. Denn dann wird das große Gasthaus oder Hospiz fertig sein, das hier jetzt für sie auf Aktien gebaut wird. Unter der Anleitung des kundigen Baumeisters besahen wir den jetzigen Zustand dieses großen und in einem edlen gefälligen Styl gebauten Hauses, dessen Aeußeres beinahe schon völlig beendigt ist, und mit dessen innerer Vollendung man eben beschäftigt war. Es ist auf die Beherbergung von etwa 2000 Menschen berechnet. Denn so viel Auswanderer mögen wohl zu Zeiten in Bremerhaven anwesend sein. Sie sollen darin zu den möglichst billigen Preisen logirt, beköstigt und versorgt werden. Das Haus ist wie eines der von den Socialisten erdachten Phalanstères eingerichtet, und fast auf alle Bedürfnisse einer kleinen menschlichen Gesellschaft berechnet. In der Mitte des Hauptkörpers des Gebäudes befindet sich eine gemeinsame Kirche, in der sich alle Confectionen der Auswanderer zum Gottesdienst vereinigen werden. Die großen Schlaf- und Speisesäle sollen nach der Art der Säle in dem berühmten Seemanns-Hospital in Greenwich, oder nach Art der Einrichtung eines Schiffdeckes, das wieder jenem Hospital zum Muster gedient hat, eingerichtet werden. Das heißt, längst den beiden Binnenwänden sollen zwei Reihen von Verschlägen oder Cajüten laufen, so daß jede Familie ihre besondere Zelle hat, und der breite Corridor in der Mitte zwischen den Verschlägen soll dann den gemeinsamen Gesellschafts- und Speisesaal bilden. Da unter 2000 Menschen natürlich immer eine Anzahl Kranker sein muß, so ist auch ein besonderes Krankenhaus beigelegt. Die Höhe der Preise, die Gattung der Kost, dieß Alles ist genau bestimmt. Man hat das Haus sehr zweckmäßig ganz nahe bei dem Plage angelegt, wo die Auswanderer, die Weser herabkommend, aussteigen. Diese können daher gar nicht mehr irren gehen und wissen gleich, wohin sie gehören. Sie können von keinem Wirthe geprellt werden. Ihre Rechnung wird, wenn sie ihren Contract vorweisen können, sofort ihrem Rheder zu Last geschrieben. Sie werden nun auch nicht mehr so lange in Bremen zu warten nöthig haben, sondern direkt vom Main, oder aus dem Odenwald nach Bremerhaven gehen, wo sie dann Wind und Wetter ruhig abwarten können. Da man sie Alle bei einander hat, so werden ihre Angelegenheiten besser controlirt werden können. Die Direktoren und Aufsicht des Hospizes werden ihre Rathgeber sein. In dem Hospiz selbst werden sie nicht nur ihren Gasthof, sondern auch ihre Börse und unter Umständen ihr Schiedsgericht finden. In Bremen soll es bis jetzt noch Winkelwirthschaften gegeben haben, welche auf die armen Auswanderer förmlich Jagd machten, ihnen schon vor den Thoren der Stadt Boten entgegen sandten, und sie theils durch Veredung, theils auf andere Weise förmlich zwangen, bei ihnen einzukommen, wo sie dann nicht selten sie prellten und übertheuerten. Dieß wird aufhören. Die armen Auswanderer werden nicht mehr vereinzelt, rath- und muthlos in der Stadt umherirren, sondern alle in einem Gebäude unter humaner Leitung vereinigt sein. Schon dieses Zusammensein mit ihren Genossen, mit Leuten, die einen Zweck und ein Interesse haben, wird tröstend und heilsam auf sie einwirken. Sie werden gegenseitig Rath und Beistand austauschen können. Man kann die

Zweckmäßigkeit dieses Unternehmens nicht genug loben und den Auswanderern empfehlen. Es macht der Fürsorge der Obrigkeit und Kaufmannschaft Bremens Ehre, und steht, glaube ich, einzig in seiner Art da, denn weder in den englischen, noch in den belgischen, noch in den französischen, noch in anderen Häfen, in denen Auswanderung stattfindet, habe ich je von einem solchen Auswanderer-Hospiz gehört.

Zur Warnung für Pferdebesitzer. Die Berliner Zeitungen theilen ein neues Beispiel von der Gefährlichkeit der Rosskrankheit der Pferde mit. Der jüngst aus Baden zurückgekehrte preussische Premierleutnant und Compagnieführer Müller wurde bei dem Versuche, sein rosskrankes Pferd zu kuriren, so arg infizirt, daß er bald darauf an den Folgen starb.

Statistisches. Die Einwohnerzahl der Stadt Leipzig wächst mit jedem Jahre nicht unbeträchtlich. Im Jahre 1834 zählte die Stadt 46,294 Einwohner, und bei der im December 1849 vorgenommenen Zählung ist die dasige Bevölkerung bis auf 62,245 Personen angewachsen. Diese Steigerung ist merklich höher, als in Dresden.

Stand der sächs. Staatspapiere und Pfandbriefe vom 7. bis 14. Januar 1850.

	gesucht	angeboten
Steuer-Scheine à 3 % Zinsen à 1000 u. 500 R.	—	85½
Dergleichen à 200, 100, 50 und 25 R.	86	86½
Land-Rentenbriefe à 3½ % Zinsen à 1000 u. 500 R.	—	90½
Dergleichen à 100, 50, 25 u. 12½ R.	92	92½
Staatsschulden-Cassenscheine à 5 % Zinsen à 500 R.	105½	—
Dergleichen à 200, 100 u. 50 R.	105½	—
Staatsschulden-Cassenscheine à 4 % Zinsen à 500 R.	97	—
Sächs.-Bayerische Eisenbahn-Actien à 4 % Zinsen bis 1850 und von da nur à 3 % Zinsen à 100 R.	86½	87
Erbländische Pfandbriefe à 3½ % Zinsen à 500 R.	90½	—
Dergleichen à 100 und 25 R.	91	—
Erbländische Pfandbriefe à 4 % Zinsen à 500 R.	100	—
Dergleichen à 100 und 25 R.	100½	—
Laufiger Pfandbriefe à 3 % Z. à 100, 50, 20 u. 10 R.	86	—
Dergleichen à 3½ % Zinsen à 500, 100 u. 50 R.	95	—
Dergleichen à 3½ % Zinsen à 1000, 500, 100 u. 50 R. mit 6 monatlicher Kündigung	100	—
Dergleichen à 4 % Zinsen à 500 u. 100 R.	100	—
Preussische Staatsschuldenscheine à 3½ % Zinsen à 1000, 500, 400, 300 und 200 R.	88	88½
à 100, 50 und 25 R.	88½	89
Louisd'or à Stück 5 R. 18½.	5 R. 18½.	5 R. 19½.
Ducaten, wichtig do. 3 - 6½.	3 - 6½.	3 - 7.

Eduard Rochsch in Dresden.

Eingefendetes *).

In Folge einer in Nr. 2 dieses Blattes vom 11. Jan., unter „den kleinen Mittheilungen“ enthaltenen Veröffentlichung, sehe ich mich veranlaßt, zur Steuer der Wahrheit zu erklären, daß der nach der Construction des Herrn Major Serre auf Maxen, in hiesiger Commun.-Bäckerei erbaute Backofen keinesweges von selbst eingefallen ist, sondern sich vielmehr in vollkommen brauchbarem Zustande befindet, wovon sich Jedermann durch den Augenschein überzeugen kann.

Fraugott Bienert,

berzeitiger Pächter der Communbäckerei.

*) Das in voriger Nummer ausgesprochene ungünstige Urtheil über die Serre'schen Backöfen gründete sich lediglich auf die Verhandlungen der Dresdner Stadtverordneten. Wahr ist, daß an dem in der Communbäckerei befindlichen Serre'schen Ofen zweimal erhebliche Reparaturen haben vorgenommen werden müssen; wahr ist ferner, daß der sonst so unternehmende Pächter, Herr Bienert, schon seit mehreren Monaten nicht mehr in jenem Ofen bäckt, sondern nur den zweiten (zur Holzfeuerung eingerichteten) gewöhnlichen Backofen der Communbäckerei benützt. Die Meinung, daß der Serre'sche Ofen haufällig und nicht mehr nutzbar sei, konnte daher um so leichter entstehen, da der Eintritt in die Localitäten der Communbäckerei nicht Jedermann gestattet ist. — Schließlich erwähnen wir noch, daß für nächste Nummer eine weitere Berichtigung in dieser Angelegenheit angekündigt ist. Die Red.

Reustadt-Dresden, gedruckt und zu finden in der G. Heinrich'schen Buchdruckerei.

(Hierzu als Beilagen: „Der Dampfwagen“ Nr. 3, und eine Bücheranzeige von Julius Raumann in Dresden.)